und Lehrlingen in Gast- und Schankwirtschaften ist wieder einmal ein trauriger Beweis dafür, wie arg der Narren der Sozialreform, der nach v. Mordorff, Schlumberger und anderen Reichstags-Scharfmachern angeblich in rasender Eile dahinsaust, verfahren ist. Mit dieser Verordnung wird thatsächlich der 16stündige Normal-Arbeitstag für das Gastwirtsgewerbe proklamiert. Die Verordnung ist ein Sieb mit großen Löchern, durch die die Unternehmer mit Leichtigkeit hindurchschlüpfen können, wenn sie wollen. Daneben ist es natürlich wie bei der Bäckerei-Verordnung: sie besteht zwar zu Recht, aber solche Verordnungen sind ja bekanntlich dazu da, um übertreten zu werden, und wo kein Kläger, da kein Richter. Jede zweite Woche hat nach dieser Verordnung der Kuli des Schankgewerbes 144, die andere Woche 102 Arbeitsstunden zu frohnen. Eine horrende Arbeitsleistung, zumal bei der schlechten Bezahlung. Dabei sind noch nicht einmal alle Angestellten im Gastwirtsgewerbe berücksichtigt worden. Gerade die die niedrigsten Dienste verrichtenden Angestellten, die unter der grössten Ausbeutung zu leiden haben, hat man ihrem oft unerträglichen Schicksal überlassen. Nur die Oberkellner, Kellner, Köche, das Büffett-Personal und die bei der Herstellung kalter Speisen beschäftigten Personen sollen des Segens dieser Art von Sozialreform teilhaftig werden. Alles übrige Personal ist nach wie vor der schrankenlosen, an keine Zeit und keine Bestimmung gebundenen Ausbeutung überlassen.

Man wird sich erinnern, wie der „schwergeplagte" Stand der Hoteliers und Gastwirte harmte, als die Erhebungen begannen, die diese Spottgeburt von Sozialreform einleiteten, wie er in ein Entrüstungsgeheul ausbrach und wie ein Hotelbesitzer in Köln sogar einen Oberkellner maßregelte, der als Auskunftsperson nach Berlin berufen wurde. Nun, diese Aufregung war unnötig: Es ist nur eine Schein-Sozialreform. Wie sagte doch der verstorbene Reeder Laeisz? Mundus vult decipi. (Die Welt will betrogen sein.) Das ist nicht nur bei den Dampfkochkesseln so, um die es sich bei den Reedern handelte.

Mannesmut vor Königsthronen.

Hardens Zukunft plaudert ein nettes Histörchen aus, das so recht den Mannesmut vor Königsthronen zeigt, wie er jetzt in der deutschen Bourgeoisie steckt:

„Einer der Lehrer des Kronprinzen erzählte neulich Kollegen, er nehme, wenn er den jungen Herrn unterrichtete, kein Blatt vor den Mund, habe ihm vor einiger Zeit „sogar" eine halbe Stunde lang über Bismarck vorgetragen. Ein tapferer Mann, kein Höfling, nicht? Sonst könnte er doch nicht wagen, dem Erben der preußischen Krone von Bismarck zu sprechen. So ungefähr sehen all diese Heldenleistungen bei Licht aus."

Das Parlament auf Ferien.

Wien, am 29. Januar 1902.

-th- Das österreichische Parlament befindet sich seit nahezu sechs Wochen in einem recht seltsamen Zustande, es ist versammelt und doch ist's nicht beisammen. Einige Tage vor dem Weihnachtsabend sagte der Präsident zu dem Hause, er könne die nächste Sitzung noch nicht bestimmen und werde sie christlich mitteilen — das ist die Form, in der Weihnachts-, Oster- und Pfingstferien angekündigt werden —, aber die besagte christliche Mitteilung ist den Abgeordneten zur Zeit noch nicht zugekommen. Natürlich laufen die Diäten weiter, denn das Haus ist ja versammelt, so daß die ausgedehnten Weihnachtsferien, die, wie man jetzt erfährt, erst am 4. Februar ihr Ende finden werden, ungefähr 400000 Kronen an Taggeldern kosten. Aber das ist beileibe kein hinausgeworfenes Geld, sondern mit klug berechnendem, wirtschaftlichem Sinn gewinnbringend angelegt. Denn seit etwa drei Wochen tagt der Budgetausschuß und erledigt, während die übrigen Abgeordneten in ihren Heimatsorten sich dieser Ruhe erfreuen, emsig, unverdrossen und im schnellsten Tempo seine Arbeit. Das könnte er wohl auch, wenn das Parlament tagte, wird man einwenden, und unterdessen wäre das Haus in der Lage, seine sonstigen Aufgaben zu erfüllen, denn schließlich haben Volksvertretungen doch mehr zu thun, als daß sie blos der Regierung den Staatshaushalt bewilligen. Indes, das mag für andere Parlamente gelten, das österreichische hat seine besonderen Lebensgesetze. Vorher hat sich wohl überlegt, wie gefährlich es wäre, die Herren debattieren zu lassen, während das Schicksal des Budgets noch in der Schwebe war. Das Haus könnte in die schlimmsten Debatten über Dringlichkeitsanträge und in arge Krawalle hineingeraten und damit auch auf den Budgetausschuß hemmend einwirken. Dagegen, wenn es im Februar gleich mit der zweiten Lesung des Staatsvoranschlages beginnen kann, so ist zu hoffen, es werde sich bald in die Sache so verbeißen, daß es aus der „passiven Arbeit" gar nicht mehr herauskommt.

Der Erfolg schien dem Unternehmen günstig. Der grosse Teil des Voranschlages war ohne viel Reibungen im Ausschusse durchberaten worden, der Kaiser hatte bereits einigen Mitgliedern des Ausschusses reiche Lobsprüche gespendet, da plötzlich tauchten bei dem gefährlichsten Budgetposten, beim Erfordernis der Unterrichtsverwaltung, ernste Schwierigkeiten auf. Es handelte sich um die zweite tschechische Universität. Die Tschechen verlangten plötzlich bindende Erklärungen. Die tschechische Presse drohte offen, wenn die Deutschen irgend eine Schulforderung der Slaven ablehnten, so würde sofort die Obstruktion ausbrechen. Die Deutschen aber sind diesmal entschlossen, nicht nachzugeben und sich auch nicht hinters Licht führen zu lassen. Mit der Begründung der tschechischen technischen Hochschule in Brünn hat man sie nämlich vor drei Jahren überrumpelt. Damals wurde die Errichtung der Anstalt mit Hilfe des § 14 beschlossen und läßt sich nun nicht mehr rückgängig machen. Aehnlichen Vorkommnissen möchten die Deutschen jetzt vorbeugen. Sie trauen sich nicht gegen die zweite tschechische Universität, aber sie verlangen, daß diese, wenn überhaupt, so nur in einer tschechischen Stadt und nicht in den vorwiegend deutschen Städten Brünn und Olmütz errichtet werde, während die Tschechen, denen vielleicht mehr noch an der Tschechisierung der mährischen Landeshauptstadt als an der zweiten Hochschule gelegen ist, sich darauf versteifen, daß die Universität in Brünn stehen müsse. Die Deutschen fordern überdies, daß zugleich mit der tschechischen Universität in einer tschechischen Stadt eine deutsche in Brünn gegründet werde. Die Regierung wird es nicht leicht haben, einen Ausweg zu finden. Mit unbestimmten Erklärungen will sich kein Teil zufrieden geben. Schon sind auch aus Mähren und Böhmen die zunächst beteiligten Abgeordneten beider Volksstämme herbeigeeilt, um auf die Entwickelung der Sache Einfluß zu üben. Wird hüben eine Vermittelung gelingen? Seine bisherigen Erfolge im Verhandeln und Ausgleichen sprechen dafür. Wenn aber nicht, dann entbrennt vielleicht der nationale Streit noch bevor die „Revisionskonferenz" ihre Arbeiten aufgenommen hat, und es ist nicht abzusehen, wie das Haus seine Verhandlungsfähigkeit bewahren sollte. So stehen wir denn wieder vor einer entscheidenden Wendung der inneren Krise.

Deutsches Reich.

Berlin, 30. Januar. Die Budgetkommission des Reichstags beriet am Mittwoch den Etat von Kiautschou weiter. Nach längerer Diskussion wird ein Antrag Müller-Fulda (Zentr.) mit großer Mehrheit angenommen, der die Hälfte der Mehrforderung für (beritten) Mannschaften sowie eine entsprechende Vermehrung der Cadres zugesteht. — Für die Chinesentruppe wird auf Antrag Müller-Fulda (Zentr.) gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und der freisinnigen Volkspartei die Hälfte des geforderten Betrages von 55000 M., also 27500 M. bewilligt; ebenso die Verstärkung der Matrosenartillerie. Bei den fraglichen Positionen werden insgesamt 119603,50 M. abgesetzt. Im übrigen wird der Etat unverändert genehmigt.

Der Staatsanwaltschaftsrat Cunn ist, wie die Volksztg. hört, von Berlin an die Staatsanwaltschaft in Hagen versetzt worden, woselbst er am nächsten Sonnabend seine Amtsgeschäfte übernehme. — Herr Cunn ist der Herr, der jüngst auf dem Burschenschafterkommers das Duell feierte. Die Versetzung soll wohl eine Strafe darstellen? Sie wäre eine so milde, daß selbst die Nat.-Ztg. aufmuckt.

— Neue staatliche Bergwerke. Die Vorlage betreffend Erwerb von Bergwerkseigentum durch den Staat enthält, wie nach der Rhein.-Westf. Ztg. verlautet, insgesamt eine Forderung von 60 Millionen M.

Der Schwerinstag. Der Reichstag hat es nun doch durchgesetzt, daß der Bundesrat seinen Initiativanträgen Beachtung schenkt. Von den Ministern war Graf Posadowsky erschienen, und im Verlaufe der Sitzung fanden sich zahlreiche Vertreter der Einzelstaaten am Bundesratstische ein. Ueberhaupt machte sich ein ungewöhnliches Entgegenkommen gegen Anregungen aus dem Hause bemerkbar. Das zeigte sich gleich beim ersten Verhandlungsgegenstand, bei dem Antrag Bassermann auf Einführung kaufmännischer Schiedsgerichte. Hier erklärte ein Regierungskommissar, daß dem Hause noch in dieser Session ein entsprechender Gesetzentwurf zugehen werde. Von unserer Seite wies Rösenow auf die Verbesserungsbedürftigkeit des Antrags Bassermann hin und stellte für die Kommission, die sich mit dem Antrag weiter beschäftigen wird, Anträge auf Herabsetzung des Wahlalters und auf Verleihung des aktiven und passiven Wahlrechts an die weiblichen Handlungsgehilfen in Aussicht.

Bei der zweiten Gruppe von Initiativanträgen, die zur Erledigung kamen, hüllte sich die Regierung in vielsagendes Schweigen. Es waren die bekannten Anträge Rickert und Gröber auf Sicherung des Wahlgeheimnisses, die schon mehrmals vom Hause angenommen worden sind. Auch heute wurden sie ohne Kommissionsberatung gegen die Stimmen der beiden konservativen Gruppen angenommen. In der Debatte hatte der Reichsparteiler v. Tiedemann sich gegen die Versuche gewendet, das „geheime Wahlrecht noch geheimer zu machen", und durch einige Späßchen über den Rickertschen Kuvertantrag die Sache zu diskreditieren gesucht. Genosse Auer wies an der Hand ausgezeichneten Materials die skandalöse Wahlmache der Konservativen nach und betonte energisch, um wie ernste Dinge es sich bei der Sicherung wirklicher Wahlfreiheit handelt.

Der dritte Initiativantrag endlich, der Toleranzantrag des Zentrums, fand vorweil noch nicht ganz seine Erledigung. In der Sache aber wurde das Zentrum sehr durch eine Erklärung des Grafen Posadowsky befriedigt. Danach hat Graf Bülow bei Mecklenburg und Braunschweig es durchgesetzt, daß die ungleichartige Behandlung der katholischen Kirche, die in diesen Ländern noch aus der Zeit des westfälischen Friedens stammt, beseitigt wird. Genosse Kunert betonte, daß die Dissidenten bei diesem Friedensschluß zwischen Regierung und Zentrum leer ausgehen. Die weitere Debatte wurde schließlich vertagt. Am Donnerstag findet die Fortsetzung der dritten Beratung der Branntweinsteuernovelle statt.

Im Abgeordnetenhause gab es am Mittwoch im wesentlichen Debatten über Pferdezucht und andere landwirtschaftliche Spezialfächer. Von allgemeinerem Interesse ist ein kleines Redegefecht zwischen dem freisinnigen Abg. Goldschmidt und dem Landwirtschaftsminister. Goldschmidt konstatierte, daß die Leutenot auf dem Lande im Rückgang begriffen und ein Zurückströmen der Arbeiter aus den Industriezentren auf das platte Land zu bemerken sei. Er erwähnte die Erklärung des Grafen Posadowsky, daß die Freizügigkeit unangetastet erhalten bleiben müsse, sowie die gleichfalls im Reichstage zur Sprache gekommene Absicht der sächsischen Regierung, die Grenze nach Oesterreich für die Einfuhr von Schweinen zu öffnen, und provozierte den Minister, sich zu diesen beiden Materien zu äußern. Herr v. Podbielski übertraf wieder einmal die kühnsten Hoffnungen der Agrarier; an eine Aufhebung der Grenzsperre ist nicht zu denken, und über die Aufrechterhaltung der Freizügigkeit äußerte er sich in so unbestimmten, ausweichenden Wendungen, daß man seinen in Aussicht gestellten Mitteln zur Beseitigung der Landflucht nur mit Besorgnis entgegensehen kann. Jedenfalls war seine Erklärung wieder einmal bezeichnend für die vielgerühmte „Einheitlichkeit" der Regierung.

Er hat Gründe. Ueber den antisemitisch-konservativen Reichstagsabgeordneten v. Massow schreibt die Königsb. Hart. Ztg.: „Herr v. Massow war nicht immer Volksvertreter, er hat nicht immer so schöne Reden wie am Sonnabend gehalten. Er war auch einmal Rittmeister bei den Wrangel-Kürassieren in Königsberg. Damals verkehrte er, wie uns versichert wird, viel und gerne in wohlhabenden Kaufmannsfamilien — und zwar ohne Rücksicht auf die Konfession. Ja, er bewarb sich sogar um die Hand der Tochter eines sehr reichen jüdischen Großkaufmanns, und es soll nicht an ihm gelegen haben, daß er sie nicht erhalten hat. — Das Gewicht der Gründe für den Judenhaß des Herrn von Massow wird man also erst genau schätzen können, wenn man die Mitgift der schönen Jüdin genau kennt.

Nieder mit dem Reichstags-Wahlrecht, das ist die Lehre, die die Deutsche Tageszeitung aus dem Ausfall der Döbelner Wahl zieht; ein Beweis, wie sehr sie der Sieg des Sozialdemokraten getroffen hat. Sie giebt sich freilich redliche Mühe, das Resultat als möglichst wenig beweisend für die allgemeine Stimmung wider den Brotwucher und den Sieg Grünbergs als einen Zufall hinzustellen, der nur dem Umstande zu danken sei, daß „die gesamte Agitation" bei dieser Nachwahl sich auf den Kreis stürzen konnte. Aber dann kommt zum Schluß doch folgende Jeremiade:

„Wenn eine ähnliche Entwickelung in ähnlich gearteten Kreisen des Königreichs Sachsen sich vollzogen hat, so muß dann gerechnet werden, daß bei der nächsten allgemeinen Wahl 16—18 von den 23 sächsischen Reichstagsabgeordneten der Sozialdemokratie angehören. Wohin diese Entwickelung führen wird, liegt auf der Hand." Und dem folgt die Mahnung: „Die staatserhaltenden Parteien werden daraus die Mahnung entnehmen müssen, in der Arbeit der Aufklärung und Sammlung niemals zu ermüden und keine Pause eintreten zu lassen. Die Regierung aber wird in immer ernstere Erwägung darüber eintreten müssen, ob sie einer solchen Entwickelung weiter mit verschränkten Armen zuschauen darf."

Das ist die Aufforderung zur Wahlentrechtung der Arbeiterschaft. Wir danken Herrn Oertel, daß er einmal die Maske fallen ließ — im Reichstag versicherte er ja kürzlich noch in der Biedermannspose, daß er und die meisten seiner konservativen Freunde an Wahlrechtsverschlechterung nicht dächten. Aber in der Erregung plaudert oft der Mund die Geheimnisse des Herzens aus. Herrn Oertel soll dieses Bekenntnis nicht vergessen werden!

---

die vorsichtig gehandhabt wurden, und ab und zu ein halblautes Wort oder ein Lachen des Redakteurs und seiner Dame.

„Ich bitte die Herren, die Gläser zu füllen," sagte der Bräutigam in einem Tonfall, der stark an Staatsrat Bennechen erinnerte. „Meine Frau und ich gestatten uns, die Damen und Herren bei Tische willkommen zu heißen."

Das erste Glas Rotwein wurde mit großer Feierlichkeit getrunken. Alle tranken dem Brautpaare zu.

Christine sah nun die beiden Seiten der Tafel hinunter und fühlte sich fast überwältigt von all dieser Pracht. Hilda Bennechen hatte ohne Wissen der Mutter den Tisch mit Blumen und all dem Glas und Silberzeug aufgeputzt, das nicht mit aufs Land hinaus genommen worden war.

Nach Christines Begriffen war das ganze Arrangement über alle Maßen glänzend. Sie hätte nur gewünscht, die zu Hause hätten sie als Mittelpunkt in all diesem Ueberfluß sehen können.

Inzwischen paßte der Polizist Andersen scharf auf Knudsen auf, und so oft dieser Miene machte, an eine Flasche oder ein Glas zu rühren, rief er leise warnend: „Knudsen!" Und Knudsen antwortete: „Hier!" und richtete sich militärisch stramm auf.

Madame Knoff, die einen Eisenbahnbeamten zum Tischherrn hatte, saß so, daß sie ihren Mann, den Feldwebel, nicht im Auge behalten konnte, außer wenn sie sich ganz umdrehte. Dies war indessen sowohl für Madame als auch für ihren Tischnachbar höchst unbequem. Sie war nämlich eine wohlbeleibte Dame mit dicker, gelblicher Haut und einem ungesunden Aussehen, das den Redakteur veranlaßte, zu behaupten, Madame Knoff sähe aus, als hätte sie Milzbrand.

Als auch noch beim ersten Gericht am Tische Totenstille herrschte, flüsterte Mortensen dem Bräutigam hinter Christinens Rücken zu: „Sie müssen jetzt mit den Toasten anfangen, Mo!"

„Ich meinte, vor dem Braten schicke sich das nicht —"

„Jawohl! Ganz im Gegenteil! Es ist höchst modern, mit den Reden bei der Suppe anzufangen."

Der Redakteur klopfte laut ans Glas, und der Bräutigam stand auf und sprach: „Meine Damen und Herren! In dieser bedeutungsvollen Stunde ist es mir ein tiefgefühltes Bedürfnis, hier auszusprechen, wie sehr ich es beklage, daß ich an diesem Tische, wo so viele meiner Lieben versammelt sind, den vermissen muß, den ich besonders heute am allerliebsten bei uns zu sehen wünschte. Ich meine den Vater meiner Frau, Gutsbesitzer Nils Vatnemo."

Christine zog ihr Taschentuch hervor.

„Du weißt selber, liebe Christine, wie sehr ich an meinem einzigen Bruder hänge und wie hoch ich das Kleinod schätze, das er mir anvertraut —"

Hier bekam Madame Glancke einen höchst unpassenden Hustenanfall. Der Redner warf ihr einen strafenden Blick zu und fuhr fort: „Deshalb — meine Damen und Herren, wollen wir auf das Wohl des Vaters meiner Frau trinken, trotzdem er abwesend ist, indem wir wünschen, daß Gott ihn trösten und ihn nicht allzu schwer den Verlust seiner geliebten Tochter fühlen lassen möge. Christine! Auf das Wohl Deines Vaters!"

Als der Bräutigam sich setzte, flüsterte er schnell Madame Glancke einige Worte zu.

„Ich konnte mir wahrhaftig nicht helfen," antwortete diese flüsternd. „Du warst auch ganz unbezahlbar!"

Einen Augenblick später stand Schornsteinfeger Lunde auf. Er war ein großer dürrer Mann mit spitzer Nase und grauem Haar. Sein Handwerk ließ er längst von bezahlten Leuten ausüben; er hatte nur seine offizielle Stellung als Schornsteinfegermeister in den feinsten Stadtteilen beibehalten. Er hatte Geld, und eine seiner Töchter war mit einem Telegraphisten verheiratet.

„Möge es mir, als dem ältesten der Zunft," also begann er, „gestattet sein, die Gesundheit des Brautpaars auszubringen. Wir alle wissen aus der Kinderlehre, daß der Herr selber sagte: Es ist nicht gut, daß der Mensch allein sei."

Eine beinahe drückende Stille trat ein. Die Mädchen, die die Teller für den Braten auf den Tisch stellen wollten, mußten stehen bleiben und warten, während der Redner die Geschichte der Ehe von Adam und Eva, Abraham und Sarah bis zu Isaak und Rebekka entwickelte. Dann übersprang er Jakob mit seinen beiden Frauen, berührte weder David noch Salomo, sondern fand einen leichten Uebergang auf die Neuzeit und das tägliche Leben und flehte schließlich den Segen des Himmels auf das Brautpaar herab.

Die meisten der Damen weinten, besonders Christine. Fräulein Eveline beugte sich vor und nickte ihr freundlich zu. Die feierlichen Worte der Bibel, das prächtige Fest selber — all das ergriff sie so seltsam, daß sie einen Augenblick nahe daran war, zu glauben, vielleicht könnte es doch noch zum Glück für sie ausschlagen.

Fräulein Eveline aber flüsterte Mortensen zu: „An dem armen Mädchen begeht man doch blutiges Unrecht."

Nach der Rede des Schornsteinfegers Lunde entstand eine lange Pause, während der die Mädchen die Teller brachten.

Madame Knoff, die die ganze Zeit behauptete, ihr Mann poussiere diese „scheußliche Malla Bimbam," hatte das Unglück, ihren Teller vom Tisch zu reißen, als sie durch unvermutetes Umdrehen den Feldwebel überraschen wollte.

Infolge des Lärms fuhr der verschüchterte Knudsen in die Höhe, und der Polizist Andersen rief tadelnd: „Knudsen!"

Madame Glancke aber lachte laut und stieß ihren Tischnachbar in die Seite. Dies Lachen war der erste Hauch von Munterkeit, der über den Tisch ging. Mortensen setzte die Weinkaraffen in Bewegung, und es wurde fleißig getrunken.

Dann stand der Redakteur auf und sprach: „Meine Damen und Herren! Wenn ich meine Blicke über diese Versammlung gleiten lasse, dann kommt mir unwillkürlich der Gedanke, wozu ist es, das — wenn ich mich so ausdrücken darf — das Bindeglied zwischen uns allen bildet?"

Er sprach in breitem, überlegenem Tone und schön geformten Zeitungsphrasen, und als er sich Herr der Situation fühlte, warf er mit einer Menge von Fremdworten und lateinischen Sentenzen um sich und führte aus, daß alle Anwesenden Teile der großen Staatsmaschine seien, öffentliche Beamte, Glieder der Kette von Männern, „zu der die Nation vertrauens- und ehrfurchtsvoll aufblickt".

Darauf nahm seine Rede einen höheren Schwung, während er in Kürze die Bedeutung auseinandersetzte, die der Beamtenstand für das Land habe, und indem er immer höher und höher stieg, kam er schließlich zur „Spitze des Systems" und schloß mit der feierlichen Aufforderung: „Meine Damen und Herren! Seine Majestät der König — er lebe hoch!"

Die Anwesenden stimmten begeistert in das Hoch ein.

Fräulein Eveline beobachtete den Redakteur von der Seite. Sie konnte nicht daraus klug werden, ob er wirklich ernst war oder ob er mit der ganzen Feierlichkeit seinen Spott trieb.

(Fortsetzung folgt.)

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416950779-19020130/2 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG